

Verknüpfung mit einer basalen Tatsache des Sozialen reduzieren und ordnen lässt. Anders aber als beispielsweise die zentrale Unordnungskategorie Geschlecht lassen sie sich nicht für jeden Zeitpunkt in einer Gesellschaft nachweisen, sie markieren letztlich nicht mehr als „einen Grenzfall biographischer Normierung und Homogenisierung, dem als Gegenpol die biographische Individualisierung gegenüberzustellen ist“. ¹⁶ Generationen können demnach in einzelnen historischen Situationen innerhalb spezifischer Felder zentrale Bedeutung gehabt haben – ob dies im Einzelfall so war und in was für einem Verhältnis Generation dann zu anderen Kriterien sozialer Differenz stand, ist jeweils in intensiver empirischer Arbeit zu klären.

Der vorliegende Band zeigt mit seiner Fülle von Fallstudien bereits einige überzeugende Markierungen der Bedeutung von Generation in bestimmten historischen Situationen auf. Er bietet eine wertvolle Ausgangsposition und viele Anregungen für zukünftige Forschungen. Wenn manches, gerade im Überblick, noch etwas diffus geblieben ist, so ist dies nicht den Herausgebern anzulasten; dies reflektiert schlicht den Forschungsstand. Für die zukünftige Erforschung von DDR-Generationen wird dieser Band sicherlich zu einer wichtigen, gemeinsamen Bezugsquelle werden.

Helke Stadtland

Transformationen der Öffentlichkeit

Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen: Wallstein Verlag 2006 (Moderne Zeit Bd. 12), 512 S., 46,00 €.

Stand das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ in den 50er und auch noch bis weit in die 60er Jahre der Bundesrepublik Deutschland mit unterschiedlichen Formen des investigativen Journalismus und mit seiner Skandalberichterstattung im Mediensystem weitgehend isoliert da, so ist etwa seit Beginn der 70er Jahre die Aufdeckung vermeintlicher Miss- und Übelstände sowie die Thematisierung des Privatlebens einzelner Politiker zum gängigen Repertoire journalistischer Berufspraktiken geworden. Während die Regierung Adenauer noch eine restriktive Medienpolitik verfolgte, die auf eine gezielte Mediensteuerung setzte und zwischen privilegierten und nicht-privilegierten Journalisten unterschied, trat Willy Brandt hingegen in ein partnerschaftliches Verhältnis mit Rundfunk und Presse ein und umgab sich mit Journalisten als Berater und Regierungsmitglieder. Die Geschichte der Bundesrepublik ist mittlerweile auf viele unterschiedliche Weisen erzählt worden: als Modernisierungs-, als Liberalisierungsgeschichte oder etwa als Geschichte des Umgangs mit der NS-Vergangen-

16 Heinrich Best: Geschichte und Lebensverlauf. Theoretische Modelle und empirische Befunde zur Formierung politischer Generationen im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: Andreas Schulz/Gundula Grebner (Hg.): Generationswechsel und historischer Wandel, München 2003, S. 57–70, S. 57, Zitat S. 68.

heit. Die massenmediale Öffentlichkeit fand dabei jedoch äußerst selten eine angemessene Berücksichtigung. Dies mag verwundern, lassen sich doch in einer Geschichte der Öffentlichkeit jene Kategorien und Perspektiven bündeln und somit in ihrer gegenseitigen Verflechtung untersuchen.

Die zur Zeit am Queen Mary College der University of London lehrende Historikerin Christina von Hodenberg möchte mit ihrer 500 Seiten starken Monographie eine Überblicksdarstellung vorlegen, die die Geschichte der bundesrepublikanischen Medienöffentlichkeit von 1945–1973 erzählt. Mit der massenmedialen Öffentlichkeit könne eine Sphäre und damit auch eine Analysekategorie erfasst werden, die zwischen Gesellschaft und Staat vermittelt. In ihr würden vor allem die Modernisierungs-, Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesse ebenso wie die nationalsozialistischen Kontinuitäten sichtbar (S. 7). Kann sich das breite Feld der Medien- und Kommunikationsgeschichte auch allmählich einer gesteigerten Aufmerksamkeit erfreuen, eine Einbettung in den Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse oder einer sich wandelnden politischen Kultur blieb bislang weitgehend unberücksichtigt. Hodenbergs Freiburger Habilitationsschrift bietet vor allem letzteres. Die Frage nach der Umgründung und inneren Demokratisierung der Bundesrepublik soll im Spiegel der massenmedialen Öffentlichkeit untersucht werden. Dabei wird unweigerlich auch die bundesdeutsche Medienöffentlichkeit selbst zum Gegenstand der Analysen.

Mehr als erfreulich ist es nun, dass Hodenberg in ihren Auswertungen nicht nur allein Presseerzeugnisse berücksichtigt – die äußerst bequeme Greifbarkeit und Handhabung der Presseartikel mag dazu verleiten –, sondern ebenso die Inhalte der elektronischen Medien in ihren Quellenbestand einbezieht. In Ergänzung zu den Auswertungen der Medieninhalte nutzt Hodenberg zudem Akten des Bundespresseamtes und Berichte der amerikanischen Botschaft. Durchaus sinnvoll erscheint es nun auch bei einer zusammenhängenden Darstellung, die immerhin über einen Zeitraum von knapp 30 Jahren berichtet, die personale Ebene von Presse und Fernsehen in den Untersuchungen zu berücksichtigen. Auf dieser Folie verdeutlicht Hodenberg, wie ein scheinbares Harmoniegefüge der 50er Jahre durch den beruflichen Aufstieg einer jungen Journalistengeneration allmählich erodierte. Es mag Paradox erscheinen, dass Hodenberg in diesem Bereich nahezu Pionierarbeit leisten musste, denn die Rolle der Journalisten in der massenmedialen Öffentlichkeit blieb bislang aufgrund einer „weitgehenden biographischen Blindheit“¹ in der medien- und zeitgeschichtlichen Forschung, die sich bis in die Gegenwart erhalten hat, erstaunlicherweise vernachlässigt. So war es doch gerade eine neue junge Journalistengeneration, die gegen Ende der 1950er Jahre eine bis dato regierungskonforme und konsensorientierte Medienöffentlichkeit in eine zusehends kritischere öffentliche Sphäre transformierte. Wie Hodenberg zeigen kann, trug in den 50er Jahren die restriktive Medienpolitik der Regierung Adenauer in Verbindung mit einem Journalistenmilieu, das einerseits durch Unerfahrenheit und andererseits durch die sukzessive Rückkehr von Belasteten gekennzeichnet war, zu einer meist regierungsfreundlichen Berichterstattung bei. Ende der 1950er Jahre wandelte sich die massenmediale Öffentlichkeit. Die

1 Norbert Frei: Presse-, Medien- und Kommunikationsgeschichte. Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: HZ 248 (1989), S. 101–114.

„45-Generation“, die sich mehrheitlich aus den zwischen 1921 und 1932 Geborenen rekrutierte und deren langfristig prägende Erfahrung das Kriegsende war, rückte nun in der Phase zwischen 1957 und 1963 in einflussreiche Positionen diverser Redaktionen. Die Berichterstattungen, Reportagen und Kommentare dieser Journalistengeneration ließen sich nunmehr erfassen mit Begriffen wie „Demokratieanspruch“, „Westorientierung“ und „kritischer Journalismus“; spürbar wurden diese Tendenzen in zunehmenden Tabubrüchen und Skandalisierungen, die immer wieder die medialen Grenzen des Sagbaren verschoben.

War die Medienpolitik der Regierung Adenauer in den 50er Jahren noch mitverantwortlich für einen konsensorientierten Journalismus, so wirkte sie zu Beginn der 1960er Jahre eher beschleunigend auf Demokratisierungsansprüche in den Medien. Eingriffe in die Pressefreiheit und Angriffe auf nun keineswegs mehr am Konsens orientierte Journalisten unterstützten nur den Wandel und sicherten mehr und mehr ein neugieriges Massenpublikum.

Typisierungen wie die Charakterisierung der 50er Jahre als Phase einer konsensorientierten Medienöffentlichkeit können jedoch auch durchaus plausible Gegenbeschreibungen nach sich ziehen: Sicherlich haben sich Transformationsprozesse der Öffentlichkeit bereits in den 1950er Jahren dynamisiert², auch waren führende junge Verleger und Redakteure wie Rudolf Augstein, Henri Nannen oder Axel Springer bereits weit vor den beginnenden 60er Jahren in führenden Positionen tätig, sodass sie Praktiken etwa des investigativen Journalismus schon weitaus früher erproben konnten.

Die alliierten Besatzungsmächte hatten nach Kriegsende zunächst den Versuch unternommen, das journalistische Personal nahezu in Gänze auszuwechseln, um ein vollständig entnazifiziertes Mediensystem zu etablieren. Meist zählte bei diesen Neuordnungsprozessen die unbelastete Vergangenheit mehr als berufliche Qualifikation und Erfahrung; Sozialdemokraten und teilweise auch Kommunisten wurden bei der Jobverteilung meist bevorzugt. Diese scheinbar gründliche Umgestaltung in den Redaktionen und Funkhäusern führte nun dazu, dass lange Zeit die Neuordnung des westdeutschen Mediensystems als erfolgreichste Weichenstellung der Alliierten galt. Doch schon bereits einige wenige Jahre später fanden, wie Hodenberg herausstellt, zahlreiche NS-Journalisten im Zuge einer Erlahmung des Entnazifizierungswillens in ihr altes Berufsfeld zurück, sodass Hodenberg zurecht von einem „Reintegrationsprozess der Ehemaligen“ (S. 143) spricht, der ab 1947 einsetzte und bis zur Mitte der 50er Jahre anhielt. Doch die Entnazifizierungsmaßnahmen der unmittelbaren Nachkriegszeit im westdeutschen Mediensystem konnten letztlich dafür sorgen, dass die Medienberufe weitgehend, trotz der sicherlich vorhandenen Kontinuitätslinien, mit jungen Berufsanfängern besetzt wurden, die sich später besonders empfänglich für westlich orientierte journalistische Berufspraktiken erweisen sollten. Inwieweit nun die weitreichende Integration der Belasteten in die journalistischen Berufsgruppen auch positive Folgen hatte, deutet Hodenberg allerdings nur an: Sie habe zu einer notwendigen Versöhnung einer großen Gruppe mit dem neuen politischen System beigetragen. Auch bleibt eher im Hintergrund, inwiefern der mit dem Rückgriff auf die „Ehemaligen“ verbundene Rechtsruck man-

2 Daniela Münkler: Willy Brandt und die „Vierte Gewalt“. Politik und Massenmedien in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt/Main 2005, S. 132.

cher Medien den national-konservativen Teil des Publikums in einen demokratischen Minimalkonsens einband.

Nicht nur Hodenbergs Erklärungsmuster der Generationenabfolge – das durchaus schon bekannt ist –, sondern auch ihre Rückbezüge auf die Medieninhalte bieten nun einen Deutungsrahmen, der die Transformationsprozesse der bundesrepublikanischen Medienöffentlichkeit deutlich werden lässt. So war es wohl kaum erst der Einfluss der „68er“, der das öffentliche Bewusstsein in neue Bahnen lenken konnte. Die außerparlamentarische Opposition konnte vielmehr auf die Vorarbeit der „45er“ zurückgreifen: Das mediale Interesse an Normverstößen und gesellschaftlichen Umbrüchen war in den 1960er Jahren bereits etabliert, sodass die 68er-Bewegung in der Bundesrepublik wohl nur aufgrund einer massenmedialen Öffentlichkeit Bedeutung gewinnen konnte, die sich längst vom Konsensjournalismus und einer autoritären Medienpolitik befreit hatte. Die infolge der Studentendemonstrationen und deren Medialisierung teilweise hysterischen Reaktionen staatlicher Institutionen waren ebenso kaum erst in den Jahren 1967 und 1968 zu beobachten. So musste bereits 1962 Gerd Bucorius, damaliger Verleger des Stern, infolge eines kirchenkritischen Artikels in seinem Blatt sein CDU-Mandat abgeben, Polizisten mussten auf Anweisung der Staatsanwaltschaft an Kiosken und Verkaufsständen Seiten der Quick herausreißen, auf denen eine Reportage über den Bau eines Regierungsbunkers zu lesen war, die Bundeswehr musste Übungen abhalten als der NDR kritisch über Stalingrad berichtete usw. Der Aufbruch in eine kritischere Öffentlichkeit hat somit nicht erst mit den ‚68ern‘ begonnen, sie haben „das Projekt vielmehr einen weiteren großen Schritt vorwärts gebracht. Hatten die ‚45er‘ ihre Energien noch auf die Überprüfung der geltenden und Verwerfung traditioneller Werte verwandt, so setzte sich das Engagement ihrer Nachfolger in die Einführung der neuen Normen um.“ (S. 438 f.).

Zweifelsohne hat Hodenberg mit ihrer Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit ein Standardwerk nicht nur der Mediengeschichte vorgelegt, das sicherlich mehr bietet als eine Überblicksdarstellung. Deutlich zu erkennen sind die übergeordneten zuweilen euphemistisch anmutenden, aber gewiss plausiblen Leitkategorien der „Freiburger Schule“, die die bundesrepublikanischen Wandlungsprozesse als „Liberalisierung“, „Demokratisierung“ oder „Verwestlichung“ zu begreifen suchen. Ob man nun Hodenbergs abschließenden Terminologien, die die 50er Jahre als „konservative Integration“, die Phase zwischen 1958 und 1964 als „Orientierungskrise“ und den darauf folgende Zeitabschnitt als „Durchsetzungsphase des Wandels“ erfassen, folgen mag oder nicht, die zeitgeschichtliche Forschung wird in der Zukunft Öffentlichkeitsstrukturen noch ausgiebiger als eine feste Analysekategorie auch für sozial- und kulturgeschichtliche Fragestellungen bearbeiten müssen.

Nicolai Hannig